

# Wir

## Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven



Karikatur: Agnes Avagyan

### GESELLSCHAFT

Die Debatte um  
das Bürgergeld

» 07



### REGIONAL

Bürgerschaftswahl 2023:  
Wer die Wahl hat...

» 16



### GESCHICHTE

Der Lebensweg von  
Käthe Popoll

» 24



# EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

*Als einen Schwerpunkt für die Ausgabe, die kurz vor dem 1. Mai erscheint, greift die WIR Themen auf, die gewerkschaftliche Belange im weitesten Sinne betreffen: Arbeitsbedingungen am Beispiel Amazon, Reichtum und Armut.*

*Die mit dem Ukraine-Krieg begründete massive Erhöhung der Rüstungsausgaben wird dazu führen, dass im Sozialsektor dieses Geld fehlt. Darunter werden die Menschen mit geringem Einkommen am meisten leiden. Die gesellschaftliche Spaltung wird schärfer werden.*

*Und natürlich beschäftigen uns als Bremer Bürger:innen die im Mai bevorstehenden Bürgerschafts- und Beirats-Wahlen in Bremen und Bremerhaven und deren Grundlagen in der Bremer Landesverfassung, die vor etwas mehr als 75 Jahren in Kraft trat.*

*Die Erstellung der jetzigen Ausgabe der WIR ist uns besonders schwer gefallen: unser langjähriger Redakteur Holger Zantopp, der besonders – aber nicht nur – durch seine Beiträge auf Platt allen in Erinnerung ist, ist Anfang Februar verstorben. Er hatte bis zuletzt an Texten für die Zeitung gearbeitet – eines seiner Anliegen waren flüchtende Menschen.*

*Wir sehen uns! – Am 1. Mai auf der Demo und Kundgebung auf dem Domshof – und am 14. Mai in den Wahlbüros für die Bürgerschaftswahl.*

*Wir freuen uns wie immer über Reaktionen unserer Leser:innen.*

**Eure WIR-Redaktion**

## SOCIAL MEDIA

Ihr findet uns auch bei Facebook, Instagram und Twitter. Schaut gerne vorbei!

 SeniorInnenzeitung Wir  seniorinnenzeitungwir  @wirbremen

## INHALT

- 03 Reicher Mann...**  
Wolfgang Bielenberg
- 07 Nur wer laut ist, wird gehört**  
Jürgen Willner / Traudel Kassel
- 10 Interview**  
**Make Amazon pay**  
Traudel Kassel
- 13 Vor 70 Jahren:**  
**Werftarbeiterstreik 1953**  
Dieter Reinken
- 16 Wer die Wahl hat...**  
Willi Derbogen
- 18 In guter Verfassung**  
Wolfgang Schröder
- 20 Atomstrom gibt es tatsächlich...**  
Udo Hannemann
- 21 Gefährden kommunale MVZ  
das finanzielle Überleben der  
Arztpraxen?**  
Marlene Henrici
- 22 „Gottlof giff dat noch  
Flüchtlingsfrünnen in  
Düütschland“**  
Holger Zantopp
- 23 Erdichtetes  
Antworten**  
Urs M. Fiechtner
- 24 Käthe Popall –  
die erste Senatorin  
im Bremer Senat**  
Marlene Henrici
- 26 Globaler Klimastreiktag**
- 27 Arbeitskreise und Impressum**
- 28 Veranstaltungen**  
**Demo und Kundgebung  
am 1. Mai 2023**

# „Reicher Mann...

... und armer Mann  
standen da und sah'n sich an.  
Da sagt der Arme bleich:  
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Berthold Brecht

Bin ich reich? Ist mein Nachbar arm? Schwer zu beantworten. Welche Art von Reichtum meine ich? Kinderreichtum? Reich an Erfahrungen? Gemeint ist wohl das Verständnis, dass man – wenn man reich ist – viel oder – wenn man arm ist – (zu) wenig von einer Sache (oder Eigenschaft) hat. Wobei es durchaus vorkommt, dass man von einer Sache zu viel und gleichzeitig von einer anderen Sache zu wenig hat.

Beschränken wir uns auf das rein Materielle. Auch hier ist die Abgrenzung von „arm“ und „reich“ kompliziert. Hängt es doch zum Beispiel davon ab, wo ich lebe (zum Beispiel in Afghanistan oder in Deutschland) und ob ich die Grenze von Armut dort setze, wo ich gerade nicht verhungere (absolute Armut) oder wo ich nicht am gesellschaftlichen Leben (Kino, Urlaub, Schwimmbad, ECKKneipe, ...) teilhaben kann (relative Armut).

## Armut

Bis zur Jahrtausendwende galt als „arm“, wer unter der Hälfte des Durchschnitts aller Einkommen verdiente. 2001 führte die Bundesregierung mit dem „Median“ eine neue Bezugsgröße ein. Ökonomen und Armutsforscher kritisieren, dass damit die Armutsquote statistisch gesenkt wurde und ein nicht

unwesentlicher Teil von Geringverdienern nicht mehr als armutsgefährdet gilt. (siehe Kasten)

### Durchschnittswert – Median Rechenbeispiel

Einzelne Einkommen in €	Durchschnitt	Median
1.000 / 2.000 / 2.500 / 4.000 / 12.000	4.300 €	2.500 €
Davon 50 %	2.100 €	1.250 €
→ Wer weniger verdient, gilt als arm		
<b>Berechnung</b>		
<b>Durchschnitt</b>	Die Summe der Einkommen (hier 21.500 €) geteilt durch deren Anzahl (hier fünf).	
<b>Median</b>	Der mittlere aller Werte (hier also der dritte).	

Doch auch nach Anwendung dieses statistischen Manövers wird die Anzahl derer immer größer, die Angst haben, ihre Miete und Energiekosten nicht mehr bezahlen zu können, die ohne Wohnung leben, die an den Tafeln für warmes Essen anstehen, die auf Betteln angewiesen sind ...

In Bremen lebt laut einer Studie [1] jeder vierte Mensch in Armut, gelten nahezu jedes zweite Kind und jeder zweite Jugendliche als armutsgefährdet [2]. Damit hat Bremen im Bundesvergleich das Schlusslicht inne und – die Armut in unserer Gesellschaft wächst. Grund genug zum Handeln!



## Lasst uns über Reichtum reden!

Während man sich beim Thema Armut noch relativ einig ist, wird es beim Thema Reichtum nebulös. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung definiert als „reich“, wer knapp 4.000 € netto verdient oder ein Nettovermögen von 500.000 € besitzt. Damit gilt schon ein Oberstudienrat als einkommensreich und der Eigentümer eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung in guter Lage als vermögensreich.

Auch das Statistische Bundesamt liefert mit seiner Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) keine befriedigende Antwort: Nettoverdienste über 18.000 € monatlich werden nicht erfasst. Es gibt keine klare Grenze von Reichtum – die „richtig Reichen“ verstecken sich in der Menge der Wohlhabenden.

## Ein Vergleich

Ein **Facharbeiter** bei BMW verdient durchschnittlich über 80.000 € pro Jahr und gehört damit sicherlich zu den gutverdienenden Beschäftigten in unserem Lande.

Der **Vorstandschef** seines Betriebes geht aber jährlich mit 8,5 Millionen € nach Hause – das ist das 100-fache!

Die beiden **Hauptaktionäre** lächeln darüber. Sie nehmen sich jeweils über 500 Millionen € Dividenden aus den Umsätzen der Firma – das 6.000-fache!

Quelle: Handelsblatt

In Deutschland gibt es mehr als 1.535.000 Millionäre. Diese Menschen sind reich. „Sie besitzen ein derartig großes (Netto-)Vermögen, dass sie gar nicht antasten müssen, um von den Erträgen (Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen und/oder Pächterlösen) bis zum Tod auf höchstem Wohlstandsniveau leben zu können.“ [3]

Und ein Vielfaches darüber hinaus: Aktuelle Schätzungen (nach Aussetzung der Vermögenssteuer sind nur noch Schätzungen möglich) gehen davon aus, dass das oberste Prozent der Bevölkerung – wir können sie als Überreiche bezeichnen – etwa ein Drittel des Gesamtvermögens Deutschlands sein Eigen nennen kann. Nur einmal zum Vergleich: 2021 lebten über 700 Millionen Menschen auf der Welt unterhalb der absoluten Armutsgrenze – sie kämpfen jeden Tag ums Überleben.



## Was macht ein Mensch mit einem Milliarden-Vermögen?

Ist der Besitz von derartig unvorstellbarem Vermögen also schon moralisch mehr als fraglich, ist das Hauptproblem dessen Verwendung.

- » Das „höchste Wohlstandsniveau“ erzeugt erhöhte Treibhausemissionen. Mit ihren Privatjets, Luxusyachten und Investitionen emittieren 125 Milliardäre jährlich 393 Millionen Tonnen an Treibhausgasen – so viel wie ganz Frankreich. [4]
- » Auf der Suche nach weiterer Steigerung des Vermögens wird alles zum Spekulationsobjekt, was Gewinn verspricht: Grund und Boden, Trinkwasser, sogar Sand ... Und damit immer teurer.
- » Wer reich ist, ist auch politisch einflussreich. In der Geschichte gibt es genügend Beispiele, wie über Lobby-Organisationen, Parteispenden oder Stiftungen Einfluss auf Parlamente und Regierungen ausgeübt wurde und wird. Zusätzlich wird über Aufkauf von Firmen, Schließung oder Verlagerungen von Produktionszweigen und Aktienspekulationen massiv Druck auf ganze Volkswirtschaften erzeugt. So bestimmen einzelne Unternehmer und ihre Verbände, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt. Die Privatisierung von Gewinnen, der durch Unterfinanzierung zwangsläufiger Rückzug des Sozialstaats, die sich vergrößernde Ungleichheit zerstören unsere Demokratie.

## Wie wird man reich?

Schwierig bis unmöglich! Hier gilt nicht das Leistungsprinzip: Reich wirst du überaus selten durch eigener Hände Arbeit. Überreich schon gar nicht – da musst du schon erben. In Deutschland waren die Vermögen immer schon relativ ungleich ver-

teilt, weil es so viele große Familienunternehmen gibt. Fast die Hälfte der 100 größten deutschen Konzerne gehört dazu. Das ist im internationalen Vergleich die Spitzenposition. Die Wertsteigerungen der konzern-eigenen Firmen, ihrer Aktien und Immobilien kann man ohne schlechtes Gewissen als „leistungsloses Einkommen“ bezeichnen.

Diese Vermögenskonzentration ist durch zahlreiche steuerliche Beschlüsse der Regierungen von Schröder und Merkel weiter verstärkt worden. Kapitalvermögen ist durch die Senkung der Körperschaftsteuer, die Einführung der Abgeltungssteuer, die weitgehende Verschonung von Firmenvermögen bei der Erbschaftsteuer enorm begünstigt worden. Hinzu kommt die Möglichkeit, privates Nettovermögen zu verschenken oder durch Nutzung von Hintertüren im Erbrecht gering- oder unverteuert zu vererben. So nimmt der Überreichtum in wenigen Händen weiter zu, werden Familienprivilegien über Generationen gehalten.

Was tun?  
Im Offenlegen  
der Gründe für  
das Anwachsen  
von Reichtum liegt  
auch die Lösung:  
Umverteilen!

Der Staat kann sehr wohl durch Änderungen des Steuerrechts und seine Durchsetzung dafür sorgen, dass der Überreichtum eingegrenzt wird. Denn das Vermögen der Überreichen ist ja nicht privat erarbeitet. Es entsteht erst in einem sozialen Miteinander.



Politisches Plakat von Klaus Staeck, Grafikdesigner, Karikaturist und Jurist 1972

Quelle: Uni Heidelberg

Ein Unternehmer nutzt zum Beispiel Wissen, das mit staatlicher Forschungsförderung entstanden ist. Er braucht Autobahnen, um seine Waren zu transportieren, und einen Flughafen, um sie zu verschicken. Er stellt Fachkräfte ein, die an öffentlichen Schulen und Universitäten ausgebildet wurden. Polizei und Gerichte sichern sein Eigentum rechtlich ab. Und das Vererben über großer Vermögen ist keine Leistung der Erben. Es ist ungerecht und verletzt das Prinzip der Chancengleichheit: Es gehört versteuert. Und damit das klar ist: Steuern stellen keine Enteignung dar, es geht um die Aushandlung sozialer Verhältnisse, um die Grundfunktion des Sozialstaats, den Ausgleich von Arm und Reich.

Der Ökonom Thomas Piketty fordert in seinem neuen Buch „Capital et idéologie“ einen Steuersatz von 90 Prozent auf Vermögen ab zwei Milliarden Euro. „Mit den verbleibenden 200 Millionen“ – schreibt Piketty – „könnte man immer noch gut leben“. So eine Vermögens-



Mittwoch, 8. März 2023, 15.30 Uhr

Reichtumsuhr vor dem DGB-Haus in Bremen.

Andere Berechnungen kommen auf weit höhere Zahlen:

→ [www.vermoeensteuerjetzt.de/vermoegensuhr](http://www.vermoeensteuerjetzt.de/vermoegensuhr)

Schuldenuhr (selber Tag und Uhrzeit):

2.547.191.216.048 €

→ [www.live-counter.com/deutsche-staatsverschuldung](http://www.live-counter.com/deutsche-staatsverschuldung)

Foto: Wolfgang Bielenberg

Würde das reichste Zehntel unserer Gesellschaft ein Drittel seines Vermögens abgeben, wäre Deutschland, seine Bewohner die Kommunen, Länder und der Bund praktisch schuldenfrei! Dem Staat ginge es gut, das reichste Zehntel müsste sich mit den übriggebliebenen 66 % begnügen...

steuer, eine Übergewinnsteuer für zum Teil sittenwidrige Gewinne, die Erhöhung der Erbschaftssteuer mit großzügigen Freibeträgen, die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die die Zins- und Dividendeneinnahmen geringer besteuert, die Verhinderung von Steuerflucht – all diese und weitere Maßnahmen wären durch einfache Gesetzesänderungen durchführbar. Sie würden unserem Staat Milliarden zuführen, die dem Sozialwesen, der ökologischen Wende, dem Gesundheits-, Bildungs-, dem Verkehrswesen heute fehlen. Sie würden damit den sozialen Zusammenhalt fördern und damit unsere Demokratie stärken.

**Warum gibt es so wenig politischen und öffentlichen Druck?**

**Warum müssen Reiche keine höheren Steuern zahlen?**

Zum einen ist sich der Großteil unserer Parteien in dieser Frage recht einig, sie halten sich vornehm zurück. Zum anderen wird das Thema in den Medien kaum thematisiert. Die privaten Medien gehören durchweg reichen Familien wie Mohn, Springer, Neven Dumont oder

Holtzbrinck, die kein Interesse an einer Berichterstattung über Reichtum haben. Für Reiche ist es immer am besten, wenn über sie überhaupt nicht diskutiert wird. Dann bleibt alles so, wie es ist. So spricht sich beim aktuellem Thema Erbschaftssteuern eine Mehrheit gegen eine höhere Besteuerung aus – obwohl sie selbst davon aufgrund der Freigrenzen [5] gar nicht betroffen wären. Eine andere mediale Berichterstattung könnte hier helfen. Doch: Das Thema wird in den Medien kaum thematisiert.

## Vorläufiges Fazit

Fordern wir die öffentliche Diskussion.  
Reden wir über Reichtum, über den Überreichtum und die Übergewinne.  
Holen wir die Überreichen heraus aus ihrem Versteck in der Menge der Wohlhabenden und fordern wir die massive Erhöhung ihrer Besteuerung.  
Fragen wir die Parteien, warum sie sich so wenig dafür einsetzen. Erhöhen wir mit unseren Gewerkschaften den Druck.

**Ändere die Welt; sie braucht es.**

Bertholt Brecht

## Quellen:

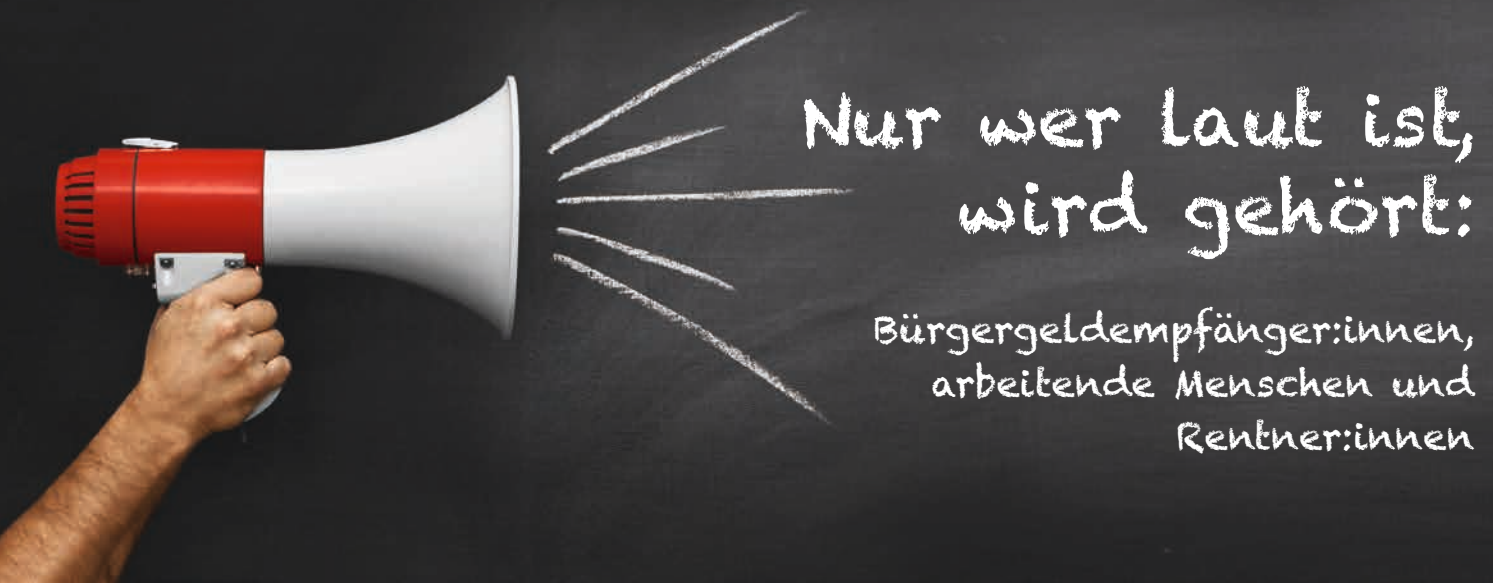
[1] [www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/Arbeitsbericht/doc/broschuere\\_armutsbericht-2021\\_web.pdf](http://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Arbeitsbericht/doc/broschuere_armutsbericht-2021_web.pdf)

[2] [www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland)

[3] Definition nach Carolin Butterwegge und Christoph Butterwegge „Kinder der Ungleichheit“, Frankfurt 2021

[4] [www.oxfam.de/system/files/documents/bn-carbon-inequality-2030-051121-en.pdf](http://www.oxfam.de/system/files/documents/bn-carbon-inequality-2030-051121-en.pdf)

[5] Die Freigrenzen (500.000 € für Verheiratete, 400.000 € je Kind, 200.000 € je Enkel) gestatten, dass das erarbeitete eigene Vermögen auch steuerfrei an die Kinder vererbt werden kann. Das die Summen übersteigende Vermögen wird mit 7-30 % versteuert.



Nun ist es da – das Bürgergeld, das Hartz IV und die Diskussion darum endlich in der Versenkung verschwinden lassen sollte. Aber die Diskussion um Armut in einem reichen Land und ihre Ursachen verstummt nicht!

Zu offensichtlich sind die Schief lagen in der Gesellschaft – siehe der Reichtums-Artikel!

So wurden in dem Entwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil positive Punkte durch die Unionsparteien im Bundesrat verwässert, z. B. die Karenzzeit von einem statt zwei Jahren bei der Jobsuche und dem erhöhten Schonvermögen, das von 60.000 € auf 40.000 € gesenkt wurde. Geblieben sind die Sanktionen und der Druck auf die Erwerbslosen aus den Hartz-Gesetzen. Was als Verbesserung übrig bleibt, ist größeres Gewicht auf Bildungsangebote – vorausgesetzt, das wird in der Praxis auch umgesetzt.

Zahlreiche Erwerbslosen-Initiativen, die sich mit der vom DGB unterstützten „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen gruppen“ in Berlin im Bündnis

„AufRecht bestehen“ zusammen geschlossen haben, veranstalteten am 14. Oktober in vielen Städten einen dezentralen Aktionstag gegen den „Etikettenschwindel Bürgergeld“ mit Podiumsdiskussionen, Kundgebungen, Infoständen, vor den Jobcentern und auf öffentlichen Plätzen ... unter anderem auch in Bremerhaven.



IG-Metall Erwerbslosengruppe Bremerhaven beim Aktionstag „Etikettenschwindel Bürgergeld“ am 14.10.2022

Quelle: Dokumentation zum Aktionstag

Tausende waren daran beteiligt, lokale Medien haben berichtet. Aber in die großen Medien bzw. Talkshows dringen Erwerbslose mit ihren Anliegen nicht durch. Da werden immer noch Mythen über das tolle Leben mit Bürgergeld verbreitet.



## Zynische Debatte um das Bürgergeld

Der Herbst war witterungsbedingt grau und politisch schwarz: Angeheizt von den Unternehmerverbänden und politisch getragen von der CDU/CSU unter ihrem derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Merz sowie der AfD wurde gegen die Erwerbslosen gehetzt, was das Zeug hält. Der einkommensschwächere Teil der Bevölkerung muss doch irgendwie zu spalten sein, schien das Motto.

Insgesamt liefen die Argumente darauf hinaus, dass die erwerbsarbeitslos gewordenen Menschen nicht willens seien, sich um neue Beschäftigung zu kümmern und es sich stattdessen lieber in der „ach so sanften sozialen Hängematte“ mit Bürgergeldbezug gemütlich machen. Angeblich, so die Hetzer aus den Unionsparteien, der AfD, dem BDI und auch Teilen der FDP weiter, lohnt sich bei 502 Euro staatlicher Leistungen die Arbeitsaufnahme nicht mehr.

Die 502 Euro Regelleistung ermöglichen – so CDU Merz & Co – bei ständig steigenden Lebensmittelpreisen einschließlich der explodierenden Energiekosten für Strom, Internet usw. also ein pralles Leben auf Kosten der „hart arbeitenden Bevölkerung“.

Dass durch die "Erhöhung" des Regelsatzes für 2022 von 3 Euro (!) – also praktisch eine Nullrunde – schon eine Senkung der Leistungen stattgefunden hatte, davon schweigen die Hetzer. Da reicht auch die Aufbesserung durch das Sammeln von Leergut kaum aus, um an die Einkommen der „hart arbeitenden Bevölkerung“ heranzukommen.

Von einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die das Bürgergeld ermöglichen soll, ganz zu schweigen.

Mag sein, dass einige Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit 12 Euro Mindestlohn bzw. etwas darüber – oder auch darunter – feststellen, dass das am Ende des Monats nur 250 bis 300 Euro mehr sind als das Bürgergeld. Auf die Idee, dass dann möglicherweise die gebotenen Löhne zu niedrig sein könnten, kommen diese Damen und Herren mit ihren über 10.000 Euro monatlicher Bundestagsbezüge plus diverser Extras bzw. Vorstandsgehältern nicht.

## Auch junge Berufstätige und Rentner:innen werden nicht geschont

Angriffe von Unternehmerverbänden und Politiker:innen auf den Sozialstaat bzw. diejenigen, die auf ihn angewiesen sind, weil sie durch Rationalisierung, Ausgliederungen oder aus Krankheitsgründen zeitweilig oder dauerhaft aus dem Arbeitsprozess herausgefallen sind, haben Tradition.

Gut in Erinnerung vor allem die Kampagnen der letzten 30 Jahre: Kohl (Ende der Vollkaskomentalität), Schröder und seine Mannschaft (Faulenzer-Debatte, Hartz-Gesetze) und jetzt ex Black Rock Manager Merz, die AfD und andere.

Aber auch gegenüber der „hart arbeitenden Bevölkerung“ nutzen die gleichen Akteure jede Gelegenheit, knallhart ihre Interessen deutlich zu machen – in Zeiten flauer Konjunktur sowieso, aber oft trotz hoher Gewinne auch in Boom-Zeiten und selbst bei Arbeitskräftemangel. Auch das hat eine lange Tradition.

Ein Beispiel: der Werftarbeiterstreik von 1953 – siehe Artikel auf Seite 13. 2003 forderten Unternehmerverbände unter anderem einen Rückzug der Regierungen aus sozialer Verantwortung und eine faktische Abschaffung des Streikrechts: „... gehört in die Mottenkiste“.

Heute fordert BDA-Hauptgeschäftsführer Kampeter „mehr Bock auf Arbeit“. Von der Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit Andrea Nahles kommen ähnliche Töne: „Arbeit ist kein Ponyhof“.

Beide reden nicht von den Bedingungen, unter denen Menschen „Bock auf Arbeit“ bekommen oder nicht. Arbeit im Niedriglohnbereich oder unter übermäßigem Druck ist wahrlich „kein Ponyhof“. Beide kritisieren junge Menschen, die arbeiten, aber nicht ihre Gesundheit in stressigen Jobs ruinieren wollen.

Und die FDP mahnt mehr Engagement der Rentner:innen-Generation an. Dabei wäre der berufliche Einsatz der Eltern-Generation ohne die Großeltern schon heute kaum zu stemmen.

Auch würden große Bereiche des sozialen Lebens ohne ehrenamtlich tätige Rentner:innen längst zusammenbrechen. Ein Beispiel von vielen: Die Tafeln. Der Staat stiehlt sich aus der Verantwortung für ausreichende soziale Absicherung. Die Armen werden stattdessen der Mildtätigkeit von mehr oder weniger großzügigen Spender:innen überlassen. Inzwischen stehen aber auch viele der ehrenamtlichen Helfer:innen angesichts der Zunahme der Armut vor dem Zusammenbruch.

Menschen mit und ohne Erwerbsarbeit, Junge und Alte müssen für ihre berechtigten Interessen lautstark eintreten, damit ihre Stimme gehört wird.

---



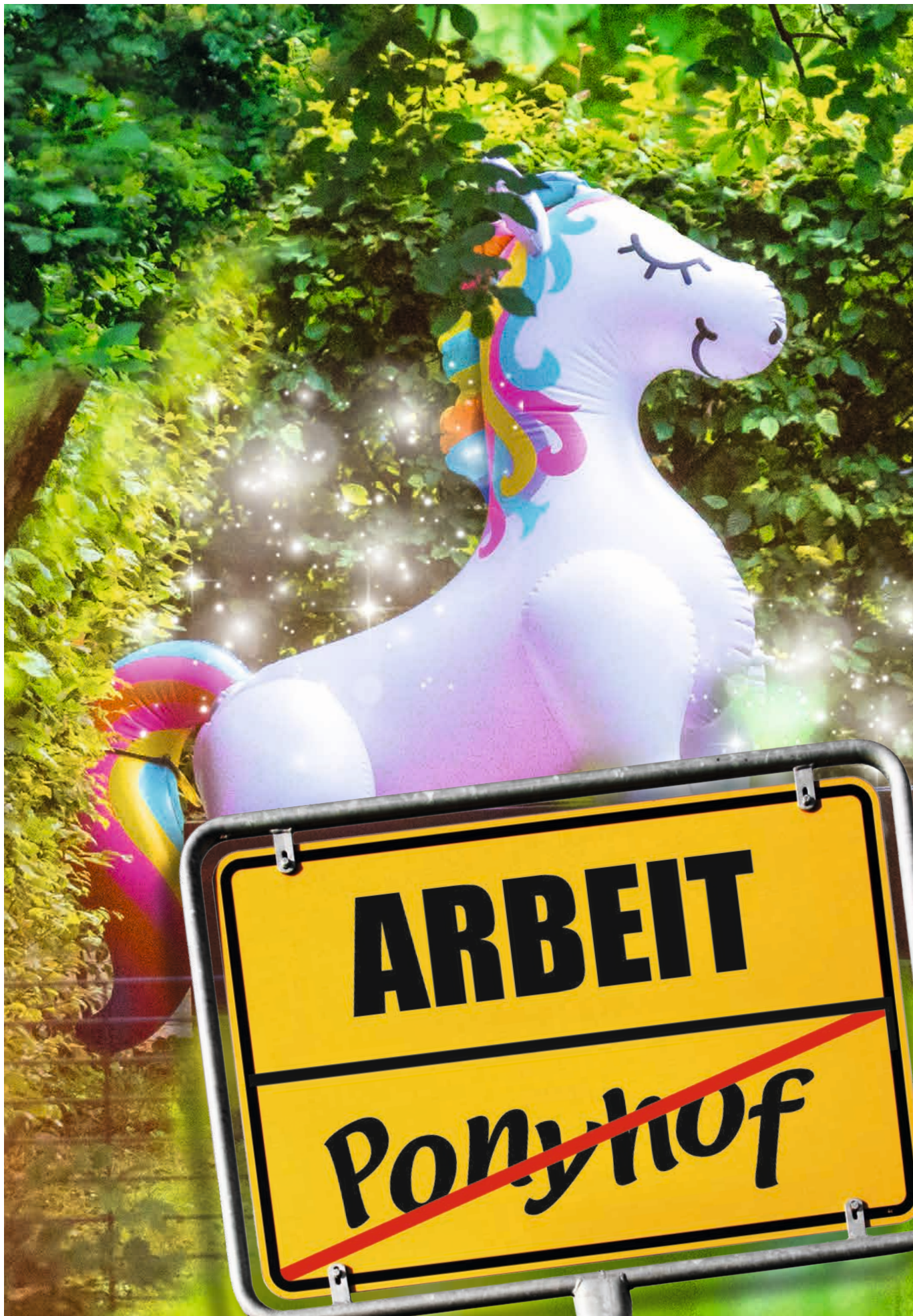


Bild: Manuela Ewers / stockadobe.com

# make amazon pay

NONNI MORISSE



RAINER REISING

INTERVIEW

» **WIR:**

Nonni, du bist seit einem Jahr Schwerpunktsekretär bei ver.di Niedersachsen-Bremen für die Amazon-Standorte im Landesbezirk, also auch für Achim bei Bremen. Da geht dir die Arbeit bestimmt nie aus – oder?

**Nonni:**

Die meisten Amazon Standorte in Niedersachsen sind neu, das heißt wir bauen Betriebsräte und Gewerkschaftsstrukturen ganz von vorne auf. Da ist immer viel los.

» **Rainer, du bist von Anfang an im Fulfillment Center Achim beschäftigt, das ja erst seit zwei Jahren auf der „grünen Wiese“ entstanden ist. Was hast du dir mit anderen Gewerkschafter:innen vorgenommen?**

**Rainer:**

Das erste war, eine Betriebsratswahl einzuleiten. Amazon meinte, wegen Corona könne keine Wahlversammlung stattfinden. So hat das Arbeitsgericht schließlich einen Wahlvorstand eingesetzt. Der Standort besteht erst ein Jahr, es werden 154 verschiedene Sprachen gesprochen und für viele Kolleg:innen war das die erste demokratische Wahl in ihrem Leben. Das war ein anspruchsvoller Prozess, begleitet auch von

Störungen. Aber die Wahl wurde erfolgreich durchgeführt.

**Nonni:**

Es gab auch Einflussnahmen des Arbeitgebers. Er hat zum Beispiel Kolleg:innen gepusht, eigene Listen aufzustellen, um der ver.di Liste möglichst viel Konkurrenz zu schaffen.

**Rainer:**

Von den sechs Listen hat die ver.di-Liste die meisten Stimmen geholt. Andere Listen haben sich aber zusammengeschlossen und dadurch die Mehrheit in dem Gremium. Es ist dadurch in der Mehrheit nicht unbedingt arbeitnehmerfreundlich. Amazon sagt: Betriebsräte sind gut, solange sie nichts mit der Gewerkschaft zusammen machen.

» **Was könnt ihr zum Geschäftsmodell von Amazon sagen?**

**Rainer:**

Die Amazon Standorte in Deutschland sind als einzelne GmbHs organisiert. Die lokale Geschäftsführung hat aber nur begrenzte Kompetenzen. Nationale Mitbestimmungsrechte werden umgangen, weil die Tochterunternehmen des Europakonzerns in Luxemburg angeblich in Deutschland nur ein Netzwerk sind, aber kein Konzern.

Gleichzeitig wird alles zentral auf Grundlage von Algorithmen weltweit vorgegeben. Die Leistung jedes Standortes kann länderübergreifend durch andere Standorte übernommen werden. Polnische Läger, die mit 5000-7000 Mitarbeitenden viel größer sind als die in Deutschland, beliefern zu 70 % den deutschen Markt. Sie können also jeden Streik in Deutschland unterlaufen, indem Bestellungen dorthin umgeleitet werden. Das Streikrecht ist zudem in den Ländern unterschiedlich.

» Der Kampf von Beschäftigten und Gewerkschaften um Tarifbindung, Löhne und Arbeitsbedingungen bei Amazon dauert bereits viele Jahre. Tarifverträge konnten noch nicht abgeschlossen werden. Was haben die vielen Streikaktionen bisher erreicht?

**Nonni:**

Protest oder Unmut beantwortet Amazon immer wieder mit „freiwilligen“ Zugeständnissen, Lohnerhöhungen oder kleinen Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen. So konnten die Streiks, aber auch Betriebsratsgründungen bereits viele Verbesserungen durchsetzen. Wir wollen das verstetigen, aber vor allem auch eine tarifliche Absicherung. Gerade durch die hohe Inflation sind den Kolleg:innen die freiwilligen „Lohnanpassungen“ des Konzerns viel zu wenig.

» Vor einigen Monaten fand am verkaufsstarken „Black Friday“ ein weltweiter Aktionstag statt. Wie wichtig ist internationale Vernetzung der Aktiven bei Amazon?

**Rainer:**

Wie wichtig internationale Vernetzung ist, sieht man daran: Der Einflussbereich von ver.di endet an der Staatsgrenze. Amazon dagegen agiert weltweit. Internationale Aktivitäten

sind deshalb unverzichtbar. So hat sich das Netzwerk Amazon Workers International gebildet, worüber sich Kolleg:innen aus vielen Ländern austauschen und auch gemeinsame Aktionen planen, wie zum Beispiel die internationalen Aktionstage Make Amazon pay, die seit 2017 stattfinden.

Diese Organisierung erfolgt zusätzlich zur jeweiligen Gewerkschaft. Da gibt es aber auch Knüppel zwischen die Beine der Aktiven: zum Beispiel das Ausbremsen von Orhan Akman, der hauptamtlich bei ver.di auf Bundes- und internationaler Ebene eine wichtige koordinierende Funktion hat und nun um sein Arbeitsverhältnis kämpfen muss.

Die Aufspaltung von Amazon bei ver.di in Handels- und Logistiksparte ist teilweise hinderlich. Am besten wäre ein eigener Sektor für Amazon und fachbereichsübergreifende Projektstellen in jedem Bundesland. 1998 hat Amazon den ersten Standort in Bad Hersfeld eröffnet. Heute ist Amazon einer der großen Arbeitgeber in Deutschland und wächst ständig weiter.

» Wo seht ihr die größten Probleme der Beschäftigten bei Amazon?

**Rainer:**

Das Hauptproblem ist die Ausrichtung des Amazon Konzerns. Alle haben da weltweit die gleichen Probleme: Die Menschen sollen sich an die Maschine, den weltweiten Algorithmus anpassen – nicht umgekehrt. Sekundengenaue Erfassung der Leistung, der Pausen. Sanktion bei geringerer Produktivität, ständige Überwachung. Das zusätzlich zur körperlichen Belastung von bis zu 30 km Laufleistung und oft einseitiger Arbeitshaltung. Dazu kommt noch der Weg zur Arbeit. Diese Bedingungen machen Menschen krank. Nur wenige Menschen werden bis ins Rentenalter dort arbeiten können.

» Die Streikbeteiligung beim Aktionstag im November war in Achim noch sehr gering. Wo seht ihr die Ursachen?

**Nonni:**

An dem relativ neuen Standort gibt es noch kein gemeinsames, gewerkschaftliches Bewusstsein in der ►



Belegschaft. Viele Mitarbeiter:innen haben immer noch befristete Verträge und große Sorge, dass sie nicht verlängert werden. Bei einigen migrantischen Beschäftigten kommen Sprachprobleme und oft die besondere Abhängigkeit vom Arbeitsplatz durch unsicheren Aufenthaltsstatus hinzu. Der Standortleiter hat am Streiktag vor dem Tor jede/n Beschäftigten einzeln begrüßt, was natürlich nicht gerade ermuntert hat, sich vor seinen Augen dem Streik anzuschließen. Dennoch war es aber sehr mutig von den Kolleg:innen, sich überhaupt der Streikbewegung anzuschließen. Wir haben seitdem einen Mitgliederzuwachs und neue Aktive. Es war ein starkes Signal: „Wir haben Rechte und werden sie auch zukünftig wahrnehmen!“

» Hat der Einsatz von ver.di die Gewerkschaft im Betrieb und in der Öffentlichkeit bekannter gemacht?

**Nonni:**

Auf jeden Fall. Wir konnten viele Gespräche führen und Präsenz zeigen. Viele lernen, was eine Gewerkschaft überhaupt ist und welchen Rückhalt sie durch Organisation erfahren. Dieser Streiktag war nicht der letzte bei Amazon. Der Anfang ist gemacht!

» Was können wir als Gewerkschafter:innen, die nicht bei Amazon arbeiten, tun, um die Kolleg:innen zu unterstützen? Amazon boykottieren?

**Nonni:**

Es gab am Aktionstag eine Demonstration von Unterstützer:innen vom Bahnhof Achim zu Amazon. Ebenso haben weltweit NGOs auf die Bedeutung der Amazon Konzernmacht für die Allgemeinheit aufmerksam gemacht. Wenn einzelne Konzerne über unsere Infrastruktur entschei-

den, ob Daten, Digitalisierung oder Versandhandel, haben wir ein Demokratieproblem. Boykott wird nichts bewirken, weil Amazon dafür schon zu mächtig ist – ziviler Ungehorsam mit Druck auf die Politik, Arbeitskämpfe und Stärkung der Mitbestimmung dagegen schon!

## Nachtrag:

Rainer Reising hat mittlerweile eine fristlose Kündigung erhalten. Mit Zustimmung der arbeitgebernahen Betriebsratsmehrheit.

Er soll Gespräche zu Arbeitsbedingungen bei Amazon mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Ministerpräsident Stephan Weil im Rahmen seiner Betriebsratsarbeit wahrgenommen haben – laut Personalabteilung aber reines „Privatvergnügen“.

Rainer klagt nun gegen die Kündigung.

## Change.org: Petition für Festvertrag für Samuel bei Amazon Delivery Station in Wunstorf



Samuel ist gewähltes Betriebsrats-Mitglied bei Amazon DNM1 in Wunstorf/Niedersachsen und hat einen befristeten Vertrag, der bald endet. Samuel ist im Betrieb sehr anerkannt und gefragt. Er kämpft für die Rechte seiner Kolleg:innen, von denen viele aus verschiedenen Ländern eingewandert sind. Für sie ist Samuel auch wegen seiner Mehrsprachigkeit und seinen Erfahrungen in der Arbeitswelt unverzichtbar.

Viele von Samuels befristeten Kolleg:innen haben inzwischen einen Festvertrag bekommen. Samuel bisher nicht, obwohl er viele Kriterien erfüllt, auf die bei Amazon zur Vertragsverlängerung geachtet wird.

### Link zur Petition:

[www.change.org/p/schützt-betriebsräte-bei-amazon-vertragsverlängerung-für-samuel](http://www.change.org/p/schützt-betriebsräte-bei-amazon-vertragsverlängerung-für-samuel)  
Setzt euch mit uns für einen gesetzlichen Schutz vor Kettenbefristungen und Rausschmiss von Betriebsräten mit befristeten Verträgen ein!

**Kontakt: Nonni Morisse**  
nonni.morisse@verdi.de  
Tel. 0151-51 42 92 71

Wir sind uns sicher: Amazon möchte hier – wie schon an anderen Standorten praktiziert – einen Betriebsrat und Gewerkschafter "aussortieren"! Damit darf sich Amazon nicht durchsetzen!

Unterschreibt diese Petition an die Geschäftsführung der Amazon Deutschland N6 Transport GmbH und teilt dem Amazon Konzern eure Meinung zu solchen Methoden mit! Setzt euch für Betriebsräte mit befristeten Verträgen ein!

# VOR 70 JAHREN WERFTARBEITERSTREIK 1953

## Sechs Wochen Streik und Aussperrung in Bremen und Bremerhaven

Auseinandersetzungen um die „Neuordnung“ von Wirtschaft und Politik prägten die ersten Jahre nach der Wiedergründung der Gewerkschaften. Die alten wirtschaftlichen Machtverhältnisse wurden wieder hergestellt. Gewerkschaftliche Hoffnungen, Sozialisierung und Mitbestimmung durchzusetzen, zerschlugen sich. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 trennte betriebliche Interessenvertretung und Gewerkschaften, die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte waren völlig unzureichend.

„Die Gewerkschaften in Deutschland fanden sich in einer Welt wieder, die so gar nicht ihren Vorstellungen von Konsequenzen aus dem zweiten Weltkrieg entsprach – ausgesperrt aus den Zentren wirtschaftlicher Macht, verwiesen alleine auf die Kraft ihrer Organi-

sationen und mit dem Tarifvertrag im Zentrum ihrer Gestaltungsmöglichkeiten, den sie sich doch nur als Hilfsmittel am Rande hatten vorstellen wollen.“ beschreibt Michael Kittner die Ausgangslage für die IG Metall zutreffend. [1]

Die Arbeitgeber hatten sich formiert. In einem Beschluss des Bundesvorstandes der BDA von 1951 war ihre Leitlinie für Tarifverhandlungen formuliert: „In der gesamten westlichen Welt ist ... anerkannt, dass die derzeitige weltpolitische Lage zur Verteidigung und Erhaltung der westlichen Kultur und Freiheit das Opfer einer gewissen Einschränkung ...verlangt. Auch in Deutschland kann der Lebensstandard nicht ... der Nominalerhöhungen gehalten oder gar erhöht werden. ... Daher entspricht der Entschluss, einer ... Lohnwelle ... entschiedenen Widerstand ent-

gegenzusetzen, auch zugleich einem wahrhaft sozialen Gebot.“

Diese Linie der BDA prägte die ersten Tarifverhandlungen über Flächentarifverträge.

### Gute Voraussetzungen im Schiffbau

1953 waren die Bedingungen für einen Arbeitskampf in der Werftindustrie an der Unterweser gut. Es gab eine überschaubare Zahl von meist größeren Betrieben in Bremen und Bremerhaven, die gut gewerkschaftlich organisiert waren. Vor allem gab es einen Boom im Schiffbau, der unmittelbar nach der Entscheidung der Alliierten Hohen Kommission im April 1951, Schiffsneubau in Norddeutschland wiederzuzulassen, begann.



Die großen Reedereien hatten sofort Neubaufträge vergeben, die Werften waren hoch ausgelastet. In der Tarifkommission wird bei der ersten Diskussion ein unterschiedliches Stimmungsbild festgehalten: zwischen hohen Forderungen auf der AG Weser und Zurückhaltung beim Bremer Vulkan lag ein breites Meinungsspektrum.

Die IG Metall kündigte den Lohn-tarifvertrag für die Bremer und Bremerhavener Werften zum 31. März 1953 und forderte eine Erhöhung der Facharbeiter-Ecklöhne um acht Pfennig von 1,49 DM auf 1,57 DM pro Stunde sowie des Akkordrichtsatzes von 12 auf 15%, eine Angleichung der Zeit an die Akkordlöhne und eine Erhöhung der Lehrlingsvergütung.

Ein wesentliches Argument: die Löhne der Hamburger Werftarbeiter lägen um 5 Pfennig über denen an der Unterweser. Es gab – anders als heute – noch kein einheitliches Tarifgebiet.

### **Erste Verhandlungen: kein Angebot!**

Die ersten Verhandlungen sind ergebnislos. Die Werften halten sich trotz Auftragsboom an die Vorgabe der BDA: keine Lohnerhöhungen! Bürgermeister Kaisen beauftragt den Arbeitssenator van Heukelum (SPD) zu vermitteln – auch das scheitert.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen beschließt die IG Metall die Urabstimmung, die am 22. April 1953 auf den Bremer und Bremerhavener Werften stattfindet. Von 12.343 Gewerkschaftsmitgliedern stimmen 91,9 % für den Streik, der am Samstag, den 25. April um zehn Uhr beginnt. Die Beschäftigten legen die Arbeit nieder und verlassen die Betriebe.

### **Aussperrung**

Eine Woche nach Streikbeginn setzen die Werftvorstände den BDA-Beschluss „(Lohnerhöhungen) ... *entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen*“ um: am Vorabend des 1. Mai 1953 werden alle 14.000 Werftarbeiter ausgesperrt – die erste Flächenaussperrung im Nachkriegsdeutschland.

Aussperrung hieß damals: das Arbeitsverhältnis ist beendet. Mit einem Tarifergebnis musste auch vereinbart werden, dass es zu keinen Maßregelungen kommt und alle nach Ende des Streiks weiterbeschäftigt werden. Die Drohung mit Arbeitsplatzverlust verfiel jedoch nicht. Den Beschäftigten war klar: wir werden gebraucht – niemand sonst kann die Schiffe bauen, die in den Auftragsbüchern stehen.



### **Streikunterstützung und Solidarität**

Streikunterstützung wurde an die Mitglieder selbstverständlich gezahlt. Auch die „Neumitglieder“, die erst jetzt eingetreten waren, erhielten auf Beschluss des Vorstandes der IG Metall eine wöchentliche Unterstützung.

Materielle Not sollte niemanden zum Streikbruch treiben. Zweimalige Sonderzahlungen aus der Streikkasse, Mietzuschüsse, Fortzahlung der Krankenkassenbeiträge für die Streikenden kamen dazu. Und: Gutscheine für verbilligtes Brot, die bei den Einzelhändlern eingelöst werden konnten, was deren Solidarität mit ihren „Kunden“ festigte.

Die Ehefrauen und Familien werden einbezogen. Der Streik sollte auch „zu Hause“ von den Familien mitgetragen werden – trotz materieller Einschränkungen. Ab der vierten Streikwoche wurden Kulturangebote für die Familien organisiert, Vorführungen populärer internationaler Filme, „Bunte Nachmittage“ für die Ehefrauen, Musikveranstaltungen.

### **Weitere Verhandlungen und Ergebnis**

Am 13. Mai 1953 bieten die Arbeitgeber 3 Pfennig, die Verhandlungskommission lehnt ab. Am 20. Mai werden 4 Pfennig angeboten und die Wiedereinstellung „von 80 % der Ausgesperrten nach Ablauf von sieben Tagen nach Streikende“.

Dieses Angebot wird der Vertrauensleuteversammlung vorgelegt und dort einstimmig abgelehnt. Der Streik geht weiter, die Streikfront steht.

Nach erneutem Verhandlungsabbruch am 30. Mai gibt es am 5. Juni 1953 ein Ergebnis.

Der Bezirksleiter der IG Metall Heinrich Bohnsack erklärte bei Radio Bremen:

*„Der materielle Inhalt bleibt hinter unseren berechtigten Forderungen zurück ... wenn aber überlegt wird, dass die Arbeitgeberverbände von Anfang an erklärt haben, dass sie keinen Pfennig Lohnerhöhung ge-*



Die Löhne für „Gelernte“ sollen um 5 Pfennig auf 1,54 DM erhöht werden. Alle Entlassenen werden innerhalb von neun Tagen wieder eingestellt – das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Dieses Ergebnis wird von der Verhandlungskommission zur Urabstimmung den Mitgliedern vorgelegt.

### **Erneute Urabstimmung**

12.673 Mitglieder der IG Metall stimmten ab, davon sprachen sich 5.739 (45,3 %) für Annahme aus, 6.858 (54,1 %) stimmten für eine Fortsetzung des Streiks. Für eine Fortsetzung des Arbeitskampfes wären 75 % nötig.

Wie auch in späteren harten Arbeitskämpfen ein schwierig zu vermittelndes Ergebnis. Die IG Metall stellt heraus: *„Wir haben das Lohndiktat durchbrochen...“*.

*währen würden, dann ist dieses Ergebnis ein unbestreitbarer Erfolg“.*

Dass Erfolge in der Nachkriegszeit nicht selbstverständlich waren und hart gekämpft werden mussten, hatte sich bereits im Flächenstreik in Hessen 1951 gezeigt. Dort konnte die IG Metall gerade noch ein akzeptables Ergebnis erzielen, im Bayern-Streik 1954 musste der Streik ohne Ergebnis und vor allem ohne Maßregelungsklausel abgebrochen werden.

Die IG Metall im Norden bestand ihre nächste große Herausforderung mit dem Streik 1956 in Schleswig-Holstein, in dem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durchgesetzt wurde – und damit auch für die gesamte Bundesrepublik.

### *Quellen:*

[1] Michael Kittner, langjähriger Justiziar der IG Metall in „Arbeitskampf, Geschichte-Recht-Gegenwart“, München 2005

Fotos: Staatsarchiv AG Weser

# Wer die Wahl hat...



## Zur Bürgerschaftswahl 2023 in Bremen

Am 14. Mai 2023 wird im Bundesland Bremen die 21. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft durchgeführt. Neben den etablierten Parteien (SPD, CDU, Grüne, Die Linke, FDP, ~~AFD~~, BIW) treten auch weitere Kleinparteien zur Wahl an, so dass auf den Wahlzetteln bis zu 18 Parteien stehen könnten, die um unsere Stimmen werben.

Wer die Wahl hat, hat also auch die Qual? Um einige Hinweise gerade für ältere Menschen zu geben, haben wir uns die Wahlprogramme der Parteien SPD, CDU, der Grünen und der Linken sowie der FDP daraufhin angeschaut, wie ihre Politik für Senior:innen im Zwei-Städte-Staat aussehen soll. Aussagen dazu von AFD und BIW werden wir hier nicht gewichten, weil wir sie nicht zum Spektrum der demokratischen Parteien zählen.

Wohlgemerkt: Wahlkampfzeiten sind auch immer Zeiten der großen Versprechungen; Landtagswahlen – zumal in den Stadtstaaten – haben oft keinen direkten Einfluss auf die Politik der jeweiligen Bundesregierung. Gerade auch für uns Ältere wichtige Fragen wie die nach dem Rentensystem, der Abwehr zunehmender Altersarmut, der Finanzierung altersgerechten Wohnens und gesundheitlicher Versorgung werden

im Schwerpunkt auf der Bundesebene entschieden. Die konkrete Ausgestaltung lebensweltorientierter Maßnahmen findet allerdings oft auf der Länderebene statt.

Schon die Titel der Wahlprogramme sollen uns mitnehmen; „Zukunftsprogramm 2023 bis 2027“ heißt es bei der SPD, „Zukunft möglich machen“ bei den Grünen. Die Linke sollen wir wählen, „damit Bremen weiter auf sozial-ökologischem Kurs bleibt“ und die CDU stellt uns unter dem Schlagwort „Connected cities. Das vernetzte Land“ gar den Entwurf eines „Regierungsprogramms“ für die kommenden vier Jahre vor. Die FDP legt schlicht ein Wahlprogramm für die Wahl am 14. Mai 2023 vor, fast schon ein Indiz dafür, die Hoffnung für einen Wiedereinzug ins Parlament fahren zu lassen.

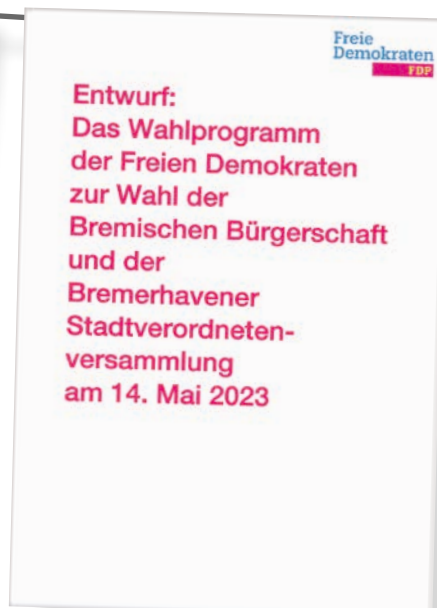
Die Bremer SPD überschreibt ihre Politik für ältere Menschen mit der

Vision „Alt werden in vertrauter Umgebung“ und summiert hierunter vom Wohnen über Teilhabe, Armutsbekämpfung, Hilfen im Lebensumfeld bis hin zur Gesundheitsvorsorge und Pflege. Der Ansatz soll dabei der Ausbau und die Entwicklung quartiersbezogener Strukturen sein. Institutionelle und ehrenamtliche Angebote von Beratung, Kultur, Sport und Freizeit sollen entwickelt bzw. ausgebaut werden.

Die Grünen versprechen unter dem Motto „Alt, agil, eingebunden“ Age-friendly Cities, kurze Wege, nachbarschaftliche Hilfsnetzwerke, den Rückbau der Nahversorgung und die Bekämpfung von Einsamkeit älterer Menschen.

Die Linke hat zwar kein Motto für ihre Seniorenpolitik, verfolgt aber ähnlich wie ihre beiden Koalitionspartner einen stadtteilbezogenen Ansatz zur Verbesserung der Le-





benslage älterer Menschen. Sie setzt u. a. auf die Unterstützung der Landesseniorenvertretung und fordert ein Seniorenmitwirkungsgesetz, um die Voraussetzungen für Einbeziehung und Engagement älterer Menschen abzusichern.

Das Wahlprogramm der CDU besteht aus Linien, Stationen und Schnittstellen, vielleicht auch um ihren immer wiederkehrenden politischen Handlungsmustern den Anstrich der Modernität zu verleihen. Für die Senior:innen sind die Stationen „**Stärkung der ehrenamtlichen und familiären Pflege**“, „**Gutes Zuhause für Senioren**“ und „**Wer rastet, der rostet**“ benannt. In der Schnittstelle Bildung wird ganz konkret ein Startgutschein von 200 € für den Besuch von VHS und anderen Institutionen versprochen, damit Rentner:innen die „neu gewonnene Freiheit direkt nach dem Arbeitsleben...nutzen“ können.

Die FDP steigt mit ihren Politikvorstellungen bezüglich älterer Menschen mit dem Kapitel „**Demographischer Wandel und längeres Arbeiten**“ ein und will ein „**Miteinander der Generationen**“, „**ehrenamtliches Engagement von Älteren**“ sowie ein „**betreutes Wohnen im Alter**“, das dann Angehörige, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen entlasten soll. Ein – wie mir scheint – schwammiger Versuch einer zudem kostengünstigen Quadratur des Kreises, der die Verantwortung für eine lebenswerte Perspektive älterer Menschen auf die Individuen abschiebt.

Alle Wahlprogramme verstehen sich als Programmlinien für eine Politik im Land Bremen in den kommenden vier Jahren. Bundespolitische Aspekte, wie die Grundrente und die Rentenfinanzierung bleiben da genauso außen vor, wie die gerade auch die für uns Deutsche und Europäer durch den von

Russland begonnenen Krieg gegen die Ukraine sich zuspitzende internationale Lage.

Wir meinen, dass die Wähler:innen bei ihrer Wahl zum Landesparlament auch bedenken sollten, welchen Parteien sie einen vernünftigen, deeskalierenden und auf eine Beendigung des sinnlosen Tötens ausgerichteten Kurs zutrauen und welche Parteien durch eine rüstungs- und waffenstarrende Blockpolitik das sich immer stärker aufheizende Klima im globalen Maßstab befördern.

Und zum Schluss noch ein Tipp: Wer die Wahl hat, sollte sie auch nutzen! Und für Skeptiker:innen: die einzelne Stimme vermag vielleicht nichts verändern, aber wie auch bei vielen anderen Dingen – die Masse macht's!

**Und für die Zeit vor und nach den Wahlen gilt auch für uns Ältere: informieren, aktivieren, engagieren.**

# In guter Verfassung

Ein Jubiläum: 75 Jahre Landesverfassung



## Ein wichtiger Brief vom Bremer Bürgermeister

Anlässlich meines 21. Geburtstages, dem Tag, an dem man seinerzeit volljährig wurde, erhielt ich einen vom Bremer Bürgermeister Willy Dehnkamp (SPD) persönlich unterzeichneten Brief, mit dem er mir als „nunmehrigem Vollbürger“ – und natürlich auch Wähler! – gratulierte. Dabei war ein Exemplar der „Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen“ (LV).

Diese Verfassung wurde mit 155 Artikeln von der Bürgerschaft am 15. September 1947 beschlossen, durch Volksabstimmung am 12. Oktober 1947 als Ganzes angenommen, am 21. Oktober 1947 vom Senat verkündet und trat am nächsten Tag in Kraft. Die Freie Hansestadt Bremen mit den zwei Städten Bremen und Bremerhaven wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ein eigenständiges Land. Unsere Verfassung ist also schon etwas mehr als 75 Jahre alt – älter als das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ (vom 23. Mai 1949)!

## Die vorgeschaltete feierliche Erklärung der Verfassung

In der Präambel der Bremer Verfassung werden im Konsens die Motive, Absichten und Zwecke der Urheber betont. Dort heißt es:

*„Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Missachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertalten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.“*

Diese vorangehende Darstellung der LV, die Leitidee sozialer Gerechtigkeit, die sich wie ein roter Faden durch die gesamte Verfassung zieht, kann man sicherlich heute noch, vielleicht sogar gerade heutzutage,

mit gutem Gewissen unterschreiben. Ob die durchaus wünschenswerten Aussagen der Präambel in der Praxis aber auch so verwirklicht wurden (und werden), ist eine andere Frage.

## Ein bemerkenswerter Paragraph der Landesverfassung

Die Verfassung enthält einen umfangreichen Teil zu den Grundrechten und Grundpflichten (Artikel 1 bis 20 der LV), die weitgehend den Grundrechten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) ähneln. Abweichend vom GG wird in der Landesverfassung jedoch z. B. formuliert:

*„Jeder hat die sittliche Pflicht zu arbeiten und ein Recht auf Arbeit.“*

Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar die Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen unterzeichnet, die unter anderem ein Recht auf Arbeit festschreibt, und dies wurde auch in die Landesverfassung von Bremen aufgenommen, aber ein *Bürgerrecht auf Arbeit* ist im Grundgesetz nicht zu finden!

Der Hauptgrund für diesen Verzicht ist darin zu sehen, dass der Grundrechtsteil des Grundgesetzes nur Rechte enthält, die vor Gericht einklagbar sind! Bei der Formulierung des Grundgesetzes wurde darauf verzichtet, Normen in diese aufzunehmen, die nur moralische Appelle ohne Rechtsverbindlichkeit enthalten.

### **Gibt es eine Pflicht und ein Recht auf Arbeit?**

Das Fehlen einer ausdrücklichen Verpflichtung des Staates zur Schaffung von Arbeitsplätzen wird von einigen Kommentatoren als mangelnde Umsetzung des ebenfalls von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Sozialrechtspaktes verstanden, obwohl das Stabilitätsgesetz seit 1967 Bund und Länder dazu verpflichtet, einen hohen Beschäftigungsstand anzustreben. Ein einklagbares Recht auf eine Wunscharbeit oder Arbeiten im erlernten Beruf ist in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland jedenfalls nicht vorgesehen!

Auch eine *Pflicht zur Arbeit* wäre mit dem Grundgesetz nicht vereinbar: Wer etwa von Einnahmen aus Zinsen oder beispielsweise von einem Lotteriegewinn leben kann, darf gemäß dem Paragraphenwerk („freie Entfaltung der Persönlichkeit“) nicht

zu einer Erwerbstätigkeit gezwungen werden. Druck, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, wird vom Staat nur auf diejenigen ausgeübt, die wegen Erwerbslosigkeit Transferleistungen erhalten wollen.

Ferner steht in der Bremer Landesverfassung zum Beispiel drin:

„...wirtschaftlich Schwache sollen vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert werden.“

Außerdem wird da u. a. (auch abweichend vom GG) formuliert: „Jeder Bewohner hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“

### **Ein weiterer interessanter Artikel der Verfassung**

In Artikel 47 wird unter anderem ausgeführt:

(1) *Alle Personen in Betrieben und Behörden erhalten gemeinsame Betriebsvertretungen, die in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl von den Arbeitnehmern zu wählen sind.*

(2) *Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in wirtschaftlichen, sozialen und personalen Fragen des Betriebes mitzubesimmen.*

Zu Absatz 2 dieses Artikels gab es einen Disput, denn der ursprünglich vorgesehene gesetzliche Zwang für die Betriebsvertretungen, sich in jedem Falle mit den Gewerkschaften ins Benehmen zu setzen, wurde nach Diskussionen wieder aus dem Verfassungsentwurf gestrichen.

### **Der Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats**

Es wird ja immer wieder mal über die Rechte des Bürgermeisters und Präsidenten des Senats diskutiert. Die Landesverfassung sagt nichts über eine Richtlinienkompetenz aus, wie sie z. B. der Bundeskanzler hat.

Der Bremer Bürgermeister ist ein „*primus inter pares*“, ein „Erster unter Gleichen“ im Senat und hat in dieser Gruppe die gleichen Rechte wie alle anderen auch. Er gilt als Präsident allerdings als bestimmende Figur und agiert auf Augenhöhe mit anderen Länderchefs. Dabei leitet er die Geschäfte und Sitzungen des Senats, wobei seine Stimme bei **Stimmengleichheit** den Ausschlag gibt!

### **Die parallel stattfindende Abstimmung über die Bürgerschaft**

Gleichzeitig mit dem Volksentscheid über die Landesverfassung als Ganzes (oder in Teilen) fand am 12. Oktober 1947 auch eine Bürgerschaftswahl statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,8 %. Die Bremer SPD verteidigte ihre Stellung als stärkste Partei mit 41,7 % und setzte die Koalition mit der Bremer Demokratischen Volkspartei (BDV) fort. Die KPD (Kommunistische Partei Deutschland) erhielt 8,8 % der Stimmen.

Zum Bürgermeister und Präsidenten des Senats wurde wiederum Wilhelm Kaisen (SPD) gewählt. Die BDV schloss sich 1951 der Freien Demokratischen Partei (FDP) an.





## Atomstrom gibt es tatsächlich...

Aber er kommt nicht aus „AKW“ -  
nicht aus „Atomkernspaltanlagen“.

Es ist mal wieder eine Diskussion „Kernkraftwerke – Ja oder Nein“ aufgekommen. Ausgelöst durch Gruppen, die besondere monetäre Interessen am Weiterbestehen dieser Technologie haben.

Ich bin aber der Meinung: Strom, der in Verbindung mit einer **Atomkernspaltanlage** in das Stromnetz eingespeist wird, ist kein „Atomstrom!“

Der Strom stammt von Generatoren, die durch eine Dampfturbine angetrieben werden. Eine Technologie, die sich seit der Nutzung von Dampfmaschinen kaum verändert hat. Notwendig ist bei dieser Technologie eine Wärmequelle, die Wasser in Dampf verwandelt.

In einer **Atomkernspaltanlage** entsteht bei der Umwandlung von nicht

spaltbarem Uran für Atomwaffen nutzbares, spaltbares Material. Das ist unter anderem Plutonium und als Neutronenquellen nutzbare Elemente wie Polonium. Hierbei entsteht Abfallwärme. Diese wurde bei den ersten Atom-Spaltanlagen einfach an die Luft und an Gewässer abgegeben.

Würde es nur um die Produktion von Wärme gehen, gäbe es billigere und umweltschonendere Verfahren. (Das dann aber ein anderes Thema.)

Atomstrom entsteht – wie Einstein nachgewiesen hat und **dafür bekam er den Nobelpreis** – durch den „**Fotoelektrischen Effekt**“. Heute könnten die massenhaft hergestellten Solaranlagen für einen Preis von ca. 0,05 - 0,10 € pro kWh den gesamten weltweiten Strombedarf decken. Und dies bei unproblematischer Umweltbelastung und voller Energieautonomie für ihre Nutzer:innen.

**Das ist „echter Atomstrom“!**

# Gefährden kommunale MVZ das finanzielle Überleben der Arztpraxen?

Wenn die kassenärztliche Vereinigung versagt, sorgt die Kommune für eine gute Versorgung.



Nun liegt endlich ein guter Vorschlag von unserer Gesundheitssenatorin Frau Bernhard auf dem Tisch und schon schreien die Kritiker los. Hilfe, doch so was nicht!!! Es könnte doch an unsere Pfründe gehen.

So kommt zumindest die derzeitige Diskussion über die MVZ – medizinische Versorgungszentren – in kommunaler Trägerschaft bei mir an. Um was geht es?

## Ärztliche Unterversorgung in bestimmten Stadtteilen

In Stadtteilen, in denen nicht so viele Privatpatient:innen wohnen, gibt es zu wenig Ärzt:innen. Viele Praxen finden keine Nachfolge. In der näheren Zukunft wird sich das Problem weiter verstärken, da etliche Ärzt:innen in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen.

Umfragen zeigen, dass junge Mediziner:innen wenig Interesse an einer Niederlassung haben. Sie möchten

verständlicherweise eine geregelte Arbeitszeit haben, sich um die Patient:innen kümmern und nicht mit der Bürokratie kämpfen. Außerdem erfordert eine eigene Praxis immer auch hohe Investitionen.

## Das Geschäft mit der Gesundheit

Dieses Bedürfnis haben clevere Investoren erkannt und gründen MVZ. Hier können Ärzt:innen vermeintlich unter den gewünschten Konditionen arbeiten. Weshalb ist das für Investoren ein gutes Geschäft? In Praxen und Zahnarztpraxen werden laut Ärzteblatt jährlich 79 Milliarden Euro umgesetzt. Ausgeschiedene Mediziner:innen berichten von dem enormen Druck, der auf sie ausgeübt wurde, kräftige Gewinne zu erwirtschaften. So werden den Kranken teure Untersuchungen und nicht unbedingt notwendige Operationen aufgeschwatzt, wie in einer Sendung von Panorama am 7. April 2022 berichtet wurde. Es werden, so haben Recherchen er-

geben, bis zu 10 % höhere Kosten abgerechnet. Diese von Investoren betriebenen Praxen sind von außen nicht als solche erkennbar. Es gibt keine öffentlich einsehbare Liste dieser Praxen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Ärzt:innen und Patient:innen wird so aufs Spiel gesetzt. Herr Lauterbach hat angekündigt, hier einen gesetzlichen Riegel verschieben zu wollen. Wir dürfen gespannt sein, was da kommt.

## Eine mögliche Lösung

Nun aber zurück zu dem Vorschlag von Frau Bernhard. Ich denke, dass es unbedingt einen Versuch wert ist, die Versorgungssituation in ärmeren Stadtteilen zu verbessern. Den Ärzt:innen und medizinischen Fachangestellten kann eine Stelle unter fairen Bedingungen angeboten werden. Ich wünsche mir, dass dieses Ziel auch nach der Wahl in Bremen weiter verfolgt wird.

## „Gottlof gifft dat noch Flüchtlingsfrünnen in Düütschland“

Diese Überschrift trug der erste plattdeutsche Artikel von Holger Zantopp in der Mai-Ausgabe der WIR aus dem Jahr 2017. Viele weitere Artikel auf Platt aber auch auf Hochdeutsch sollten noch folgen. Den Beitrag, den er für diese Ausgabe schreiben wollte, konnte er nicht mehr fertigstellen. Er ist Anfang Februar verstorben.

Holger hatte bei Radio Bremen gearbeitet und war einer der Sprecher der Plattdeutschen Nachrichten („De Klock ist halvig elven“), die seit Juli 1977 gesendet werden. Er war über 36 Jahre lang Gewerkschaftsmitglied und nahm im Ruhestand an den monatlichen Treffen der ver.di-Ortssenioren teil. Bei Seminaren (Bildungszeiten) von Arbeit und Leben war er als Referent tätig. Dabei ging es ihm auch um die „plattdüütsche Spraak“ und die Rolle der Presse bei der politischen Meinungsbildung in der Demokratie.

Holger wird uns als Mensch und Autor von kritischen Artikeln für die WIR fehlen! Hier noch einmal sein Artikel aus der WIR Nummer 30:

## Holger Zantopp



### Gottlof gifft dat noch Flüchtlingsfrünnen in Düütschland

Ik heffmal över en wichtig Fraag nadacht. Wat is de böverste Botschaft vun dat Christentum? Is doch eenfach: Du schasst annere Minschen ünner de Arms griepen, wenn de in de Kniep sünd, wenn de Noot groot is. Op Hoochdüütsch nöömt sik dat "Nächstenliebe".

Avers woso maakt denn Länner as Polen un Ungarn un vele annere Staaten de Schotten för Flüchtlinge dicht? Se sünd doch dor so christlich, oder? Jümmers wedder seggt se dat. Un Muslime wüllt se rein gor nich hebben! Tüün an Grenzen hoochtotrecken, Flüchtlinge aftowiesen, ahn Utsicht op Asyl pröven, dat hett mit Tohoopstahn in de Europäasch Union nix to doon.

Un woans süht dat in Düütschland ut? Kardinal Reinhard Marx hett de Parteien mit den Bookstaven "C" in'n Namen rüffelt. Afsünnerlich de CSU is vun Marx düchtig bekrüttelt worrn. Se dröfft Flüchtlingen nich den Puckel wiesen, hett de Vörsitter vun de kathoolsche Düütsche Bischopskonferenz kloormaakt. De Kardinal is ok dorgegen, in de Debatt üm Flüchtlinge den Ton jümmers scharper to maken.

Gottlof hebbt wi bi dat Hen un Her in de Diskuschoon üm Asylbewarvers ok Gewerkschaftslüüd, Linke un Gröne, de sik för Flüchtlinge insett. Se sünd sachtens to'n Deel nich in de Kark, se treedt avers op as Christen, de de Botschaft vun dat Minschliche verstaht. Ok wenn de Bookstaav "C" nich an'n Vörkopp vun de Lüüd fastbackt is.

# Antworten

Die Flüchtlinge sind wie Antworten die keiner verlangt hat.  
Sie tragen Geschichten über die Grenzen  
vielleicht erzählen sie von den Folgen unseres Tuns  
vielleicht von unserer Schweigsamkeit.  
Unter dem Strich aber  
handeln ihre Geschichten immer von uns.  
Es gibt tausend Gründe, die Flüchtlinge aufzunehmen.  
Vielleicht gehören wir morgen zu ihnen.  
Vielleicht gehören wir zu den Verfolgern.  
Vielleicht versäumten wir es, uns rechtzeitig gegen die Jäger zu wenden.  
Vielleicht teilen wir nicht gern. Vielleicht sind wir Rassisten.  
Vielleicht kennen wir die Gesetze der Gastfreundschaft nicht und nicht die der Freiheit.  
Vielleicht sind wir einfach nur dumm.  
Die Flüchtlinge sind wie Antworten, die keiner verlangt hat.  
Niemand aber ändert die Fragen, indem er die Antworten aussperrt.

---

Urs M. Fiechtner

„Notizen vor Tagesanbruch“

Fiechtner / Vesely

Edition Kettenbruch, 2015 erschienen

→ [www.edition-kettenbruch.de](http://www.edition-kettenbruch.de)

Amnesty International

Bezirk Ulm (3790)

Team Menschenrechtsbildung

Ensingerstraße 21

89073 Ulm

Erdbeben

Sie war  
ihrer Zeit  
voraus.

---



Foto: Staatsarchiv Bremen

## Käthe Popall – die erste Senatorin im Bremer Senat

Marlene Henrici

Am 15. Februar 1907 wird Käthe in Bremen geboren und wächst mit fünf Geschwistern in einem Arbeiterhaushalt in Bremen Walle auf.

### » Käthe fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Nach der Schule beginnt sie eine Lehre im Konsumentenverein Vorwärts. Die Voraussetzung für eine Stelle ist, sich politisch und gewerkschaftlich zu engagieren. Sie tritt in die Sozialistische Arbeiterjugend ein und wird Mitglied im Zentralverband der Angestellten (ZDA). Bei Schulungen meldete sie sich oft zu Wort. Sie beschwert sich über die Ausbildungsbedingungen im Konsum. Sie streitet für gleichen Lohn von Frauen und Männern und das Recht der Frauen berufstätig zu sein. Ihr wird eine Stelle in Berlin beim ZDA angeboten. Diese lehnt sie ab,

da sie von Gewerkschaftsfunktionären mehrfach enttäuscht wird. Einmal geht es um Unterschlagung, ein anderes Mal wird eine Kollegin von einem Funktionär an den Arbeitgeber verraten, da sie auf Botengängen eine Beitrittserklärung zur Gewerkschaft im Gewerkschaftshaus abgegeben hat.

### » Überzeugt, das Richtige zu tun

Sie wendet sich dem Kommunistischen Jugendverband zu und wird 1927 mit ihrem Ehemann Hans Lübeck Mitglied. Daraufhin verliert sie ihre Anstellung. Ihre Familie wendet sich von ihr ab, da sie weder mit ihrer Heirat noch ihrem politischen Engagement einverstanden sind. Käthe nimmt Aushilfstätigkeiten an. Schließlich landet sie in der Jutespinnerei und vertritt die Interessen der Arbeiter:innen im Betriebsrat.

1930 wird sie für die KPD in die bremische Bürgerschaft gewählt. 1931 legt sie das Amt nieder, da die Partei sie anderweitig einsetzt.

### » Verhaftung und Zuchthaus

Als Hitler 1933 die Macht übernimmt, ist sie gerade zu einer Schulung in Moskau. Die KPD wird verboten. Ihr Mann lässt sich von ihr scheiden. Nach ihrer Rückkehr wird sie am 27. März 1935 mit anderen Parteimitgliedern auf einer Versammlung von der Gestapo verhaftet und 1937 als Widerstandskämpferin vom Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.





Sie muss lange Zeit in Einzelhaft verbringen. Jegliche Beschäftigung ist für sie verboten. Besonders schlimm ist der Hunger, da es nie ausreichend zu essen gibt. Käthe wird mehrmals in andere Zuchthäuser verlegt. Zuletzt sitzt sie in Schlesien ein.

Als im Februar 1945 die russischen Soldaten immer näher rücken, werden die Gefangenen auf einen langen Marsch gezwungen. „Ohne Mantel, nur in Holzschuhen und vollkommen entkräftet war es eine Qual. Wer nicht weiterkann, wird kurzerhand erschossen. So säumen viele Leichen den Weg,“ so berichtet Käthe. Nach sechs Wochen kommen sie endlich im Zuchthaus in Waldheim an. Dort werden schon die Erschießungen der politischen Häftlinge vorbereitet. In letzter Minute wird das vereitelt.

#### » Befreiung und der Weg zurück nach Bremen

Die Rote Armee befreit die Menschen und Käthe begibt sich auf Umwegen nach Bremen. Sie meldet sich sofort im Parteibüro der KPD. Sie engagiert sich in der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus. In Versammlungen wollen sie die Bevölkerung über den Faschismus aufklären. Bald werden diese Versammlungen von der Militärregierung aufgelöst.

#### » Die erste Senatorin Bremens

Die Parteien werden wieder zugelassen und Käthe wird von der Militärregierung für die KPD in den Senat geschickt. Sie gehört dem Senat Erich Vagts an. Nach dessen Rücktritt ist sie Mitglied im Senat Kaisen. Am 28. November 1946 wird sie in einer Wahl bestätigt. Sie bekleidet das Amt der Gesundheitssenatorin und ist somit die erste Frau im Bremer Senat.

Sie setzt sich für die Reform des Paragraphen 218 ein. Sie wollte den Frauen eine Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs mit einer medizinischen Indikation ermöglichen. Damit stößt sie jedoch auf großen Widerstand bei dem Leiter des Gesundheitsamtes, der Ärzteschaft und der Militärregierung. Die Institutionen weigerten sich mit ihr als Frau und Kommunistin zusammenzuarbeiten. Wilhelm Kaisen sah sich gezwungen, sie aus dem Amt der Gesundheitssenatorin zu nehmen und ihr das Ressort für die Wohlfahrt und das Flüchtlingswesen zu übertragen. Hier sorgt sie für eine bessere Organisation in der Aufnahme und Unterbringung für Flüchtlinge. Bis 1950 kamen mehr als 30.000 Flüchtlinge ins zerstörte Bremen.

1946 heiratet sie Reinhold Popall, der ebenfalls während der Nazizeit als Kommunist verhaftet wurde. Sie gründet mit anderen Frauen den Bremer Frauenausschuss. Dieser ist gesellschaftlich anerkannt und arbeitet überparteilich und überkonfessionell als Dachverband der Frauenorganisationen. Bis 1951 ist sie aktiv im geschäftsführenden Vorstand tätig.

Nach den Bürgerschaftswahlen 1947 weigern sich SPD und FDP mit der KPD zusammenzuarbeiten. So scheidet Käthe Popall 1948 aus dem Senat aus und ist nun einfache Abgeordnete. Der „kalte Krieg“ hat begonnen. Er führt zu einer zunehmenden Stalinisierung der KPD. Wer Kritik daran übt, wird aus der Partei ausgeschlossen – so auch ihr Ehemann, Reinhold Popall.

Man stellt Käthe vor die Wahl, sich entweder von ihrem Mann zu trennen oder das Parteibuch zurückzugeben. Sie tritt schließlich aus der Partei aus. Die Familie Popall siedelt ins Saarland um. Dort wird sie in der Arbeiterwohlfahrt aktiv. 1981 stirbt ihr Mann. Schwer erkrankt kehrt sie Anfang 1984 wieder nach Bremen zurück, wo sie kurz darauf am 23. Mai 1984 stirbt.

1947

Der Bremer Senat unter Wilhelm Kaisen

Foto: Staatsarchiv Bremen



Quellen:

Bremer Frauengeschichte

Bremer Frauenmuseum

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das,  
was wir tun, sondern auch für das,  
was wir nicht tun.“

Molière

Das Tempo der Erderwärmung hat sich weiter verstärkt. Sie liegt bereits bei knapp 1,2 Grad Celsius über dem Niveau von vor einhundert Jahren, bis zum Ende dieses Jahrhunderts könnte sie bei 2,8 Grad liegen – mit einem rasanten Anstieg des Meeresspiegels, mit einer Zunahme von Hitzewellen, Überschwemmungen und Dürren. Der gerade herausgegebene Bericht des Weltklimarats (IPCC) fordert von den Regierungen sofortiges Handeln, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden.

### Wie das geht?

Fossile Energien durch erneuerbare wie Windkraft ersetzen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß so teuer machen, dass Unternehmer in Alternativen investieren, Bäume pflanzen statt Wälder roden, weniger Fleisch essen, weil das Mästen und Weiden viel CO<sub>2</sub> verursacht, Gebäude besser dämmen, Tempolimit einführen, den öffentlichen Verkehr ausbauen und: den Verbrennermotor verbieten.

Die Meinung, mit Hilfe von Technologien CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu entnehmen und sich dadurch bei der Emissionsreduzierung Zeit lassen zu können, ist falsch. Wir brauchen beides: die umgehende CO<sub>2</sub>-Reduzierung und die Entnahme.

**Und wir brauchen mehr Druck auf die politisch Verantwortlichen!**

### Fridays for Future (und andere) tun etwas!

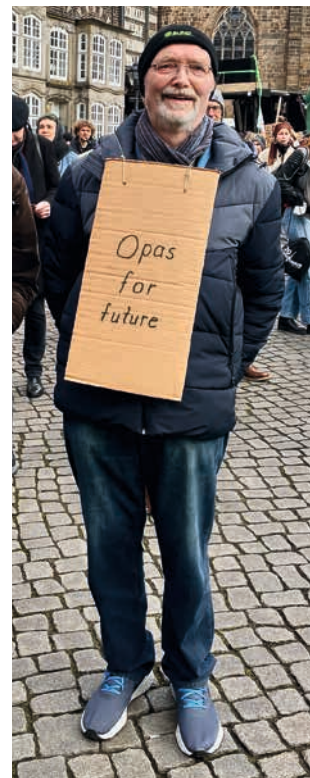
Am globalen Klimastreiktag am 3. März 2023 demonstrierten allein in Bremen 3.000 vorwiegend junge Menschen. Sie forderten umgehende und verstärkte Maßnahmen gegen die sich abzeichnende Klimakatastrophe.

**Unterstützen wir Fridays for Future.**

→ [www.fridaysforfuture.de](http://www.fridaysforfuture.de)

Demonstration am globalen Klimastreiktag in Bremen mit der Forderung, das Pariser Klimaabkommen einzuhalten – die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius begrenzen.

Opas waren auch dabei.  
Omas auch.



Fotos: Wolfgang Bielenberg

# ARBEITSKREISE

## **IGM-Arbeitskreis-Senioren Bremen-Stadt**

jeden 1. Mittwoch im Monat · 9 - 12 Uhr  
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22 - 28  
im Tivoli-Saal oder nach Aushang

## **IGM-Arbeitskreis-Senioren Bremen-Nord**

jeden 2. Mittwoch im Monat · 10 - 12 Uhr  
Haus der Arbeitnehmerkammer Bremen-Nord  
Lindenstr. 8

## **Treffen der ver.di Senior:innen**

jeden 2. Donnerstag im Monat · 14 - 16 Uhr  
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22 - 28  
im Großen Saal oder nach Aushang

## **GEW**

jeden 2. Dienstag im Monat · 10 - 12 Uhr  
(außerhalb der Schulferien)  
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22 - 28  
im Tivoli-Saal oder nach Aushang

## **NGG**

jeden 1. Montag im Monat · 10 - 13 Uhr  
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22-28  
im Tivoli-Saal

*Genauere Auskünfte erteilen die jeweiligen Geschäftsstellen.*

Die Zeitung wird gefördert durch  
DGB Stadtverband Bremen EVG Bremen,  
GEW Bremen, IG Metall Bremen, NGG Bremen  
und ver.di Bremen.

Über weitere Mitarbeiter:innen würden wir  
uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns  
immer willkommen.

## **HERAUSGEBER & KONTAKT**

Arbeitskreis DGB-Senior:innen Bremen  
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen  
Bahnhofplatz 22-28 · 28195 Bremen  
E-Mail: [wir@aulbremen.de](mailto:wir@aulbremen.de)

## **V. I. S. D. P.**

Jens Tanneberg · Tel. 0421 960 890  
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben  
(DGB/VHS) e. V. Bremen

## **REDAKTION**

Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling,  
Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann  
Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo,  
Wolfgang Schröder (NGG), Willi Derbogen,  
Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici,  
Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner,  
Margot Müller, Günther Wesemann,  
Manfred Weule, Brigitte Wilkening (ver.di)

## **GESTALTUNG**

Svenja Kerkhoff  
handwerk – idee + design  
[www.handwerk-sk.de](http://www.handwerk-sk.de)

## **DRUCK**

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier,  
Blauer Engel-zertifiziert

WIRmachenDRUCK GmbH  
[www.wir-machen-druck.de](http://www.wir-machen-druck.de)

## **Frühere WIR-Ausgaben unter**

→ [www.aulbremen.de/projekt/  
senior-innenzeitung-wir](http://www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir)



# IMPRESSUM

# UNGEBROCHEN SOLIDARISCH

DGB

1. MAI  
2023

## Bremen

### Kundgebung mit Beiträgen aus Betrieben

ab 09:30 Uhr  
Osterdeich auf Höhe Weserstadion

### Demonstration

### Kundgebung – mit Elke Hannack, Stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB

ab 12:00 Uhr – Domshof

danach:  
Maifest mit der Band Brennholzverleih

## Bremerhaven

### Demonstration

ab Gewerkschaftshaus Bremerhaven,  
Hinrich-Schmalfeld-Straße 31

### Kundgebung – mit Michael Vassiliadis, Bundesvorsitzender der IG BCE

ab 11:00 Uhr – vor der großen Kirche

danach:  
Familienfest mit Livemusik



V.i.S.d.P.: Miriam Bömer, DGB Bremen-Elbe-Weser, Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen

# Wir

Älteren in den Gewerkschaften  
in Bremen und Bremerhaven

Ausgabe 49 erscheint im September 2023

Frühere WIR-Ausgaben unter

→ [www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir](http://www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir)